

Presseinformation

Jüdische Gemeinde fordert uneingeschränkte Fortsetzung der staatlichen Zuwendungen für das liberale Abraham Geiger Kolleg (AGK)

-Warnung internationaler Spitzenorganisationen des Liberalen Judentums vor massiver Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht-

-Allgemeine Rabbinerkonferenz wirft Zentralrat der Juden falsche und irreführende Behauptungen vor-

06.03.2024. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erfährt in ihrem Kampf um die weitere Unabhängigkeit der liberalen Rabbiner- und Kantorenausbildung unter ihrer Verantwortung vielseitige Unterstützung. „Die Androhung des Bundesministeriums des Innern, des Landes Brandenburg und der Kultusministerkonferenz, die Zuwendungen an das AGK einzustellen und den Zentralrat der Juden dabei zu unterstützen, eine eigene liberale Ausbildungsstätte einzurichten, ist ein Angriff auf das Liberale Judentum. Nach der Übernahme des AGK haben wir erfolgreich alle internen Strukturen optimiert und damit das AGK wieder zukunftsfähig gemacht“, betont Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde. „Wir sind dabei für die einhellige Unterstützung der internationalen Spitzenorganisationen des Liberalen Judentums dankbar“.

Die Liberale Weltunion, eine der wichtigen Strömungen des Judentums, betont in ihrem Brandbrief an die zuständigen politischen Institutionen in Deutschland explizit die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin bei der Gestaltung der Zukunft des AGK. „In der gezielten Absprache der staatlichen Gremien mit dem Zentralrat sieht die Weltunion eine massive Verletzung der Neutralitätspflicht des Staates in religiösen Angelegenheiten“, so Rabbiner Sergio Bergman, Präsident der Weltunion und Rabbinerin Lea Mühlstein, Vorsitzende des europäischen Zweigs der Weltunion. Die Weltunion wolle hierüber zeitnah mit den beteiligten Staaten ein Gespräch führen.

Die Allgemeine Rabbinerkonferenz (ARK) protestiert gegen die „unzulässige“ Einmischung des Zentralrats in die Gültigkeit der Rabbinerordination. „Mit seinen Bemühungen, eine neue Ausbildungsstätte unter seine Kontrolle zu bringen, macht sich erstmals weltweit eine Institution daran, die Autonomie der Rabbinerausbildung zu kompromittieren“, so die ARK.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hat 2023 die Trägerschaft des AGK übernommen. Sie fühlte sich dazu verpflichtet, da das liberale Judentum seine Wurzeln in Berlin hatte. Nach der Shoah weihte die Gemeinde 1947 die große Synagoge in der Pestalozzistraße wieder ein, die heute das größte Gotteshaus mit liberalem Ritus in Deutschland ist. Viele Absolventen der Rabbinerausbildung haben hier bereits amtiert.

„Wir weisen die Initiative des Zentralrats, dem AGK mit Hilfe des Staates die finanzielle Existenz zu entziehen, mit Nachdruck zurück,“ so Joffe. Angesichts der aktuellen

Entwicklungen und der Gefahren, die Jüdinnen und Juden heute auch in Deutschland drohen, sei der vom Zentralrat initiierte und von staatlichen Institutionen aufgenommene Konflikt für das jüdische Leben schädlich und störe die jetzt so notwendige innere Gemeinsamkeit.

Die Jüdische Gemeinde fordert die beteiligten Ministerien auf, ihre Androhung zurückzunehmen. „Wir sind, gemeinsam mit den uns unterstützenden internationalen Spitzenorganisationen des Liberalen Judentums jederzeit bereit, Gespräche zu führen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu diskutieren. Wir sind aber nicht bereit, die Existenz des unabhängigen und nur dem Liberalen Judentum verpflichteten AGK in Frage zu stellen.“

Pressekontakt: Ilan Kiesling, Leiter Kommunikation/Pressesprecher
Jüdische Gemeinde zu Berlin K.d.ö.R., Oranienburger Straße 28-31, 10117 Berlin
Tel.: (030) 880 28 159, Fax: (030) 880 28 214, E-Mail: presse@jg-berlin.org